

3.2

Rechte Mobilisierung und anti-ökologischer Backlash

Wie in vielen anderen Ländern steht auch die Klimawende in Deutschland durch das Erstarken rechter und anti-ökologischer Kräfte und Narrative in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen zunehmend unter Druck. Dieser Backlash äußert sich in der Delegitimierung klimapolitischer Maßnahmen, der Schwächung zivilgesellschaftlicher Akteure und der Re-Politisierung von Klimathemen entlang nationalistischer und anti-ökologischer Narrative. Während global insbesondere die US-Regierung unter Donald Trump als zentraler Akteur den klimapolitischen Rollback vorantreibt, stellen in Deutschland vor allem die Partei Alternative für Deutschland (AfD) sowie rechte Gruppierungen und Thinktanks klimapolitische Maßnahmen als Bedrohung nationaler Interessen dar und leugnen oder bagatellisieren die Folgen des Klimawandels.¹¹ Aber auch rechtskonservative und Parteien der sogenannten ‚Mitte‘ stellen klimapolitische Maßnahmen zunehmend infrage oder priorisieren sie wesentlich geringer als in früheren Jahren, sodass in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Konstellation in einigen Bereichen sogar ein Rollback, d. h. die Zurücknahme klimapolitischer Maßnahmen droht.

Rechte Anti-Klimapolitik zeichnet sich generell durch eine Kombination aus Klimaskepsis, wirtschaftlichem Protektionismus und der Konstruktion von Klimapolitik als Projekt einer kosmopolitischen Elite, das im Widerspruch zu den Interessen des ‚Volkes‘, nationaler Souveränität und wirtschaftlichen Interessen steht aus (Lockwood 2018). Diese ideologische Rahmung schürt Misstrauen gegenüber wissenschaftlicher Expertise, Institutionen und multilateralen Abkommen. Klimaschutz erscheint dabei nicht als legitimes Gemeinwohlziel und notwendige Lebensgrundlage im Sinne des Grundgesetzes (Art. 20a GG), sondern als Symbol politischer Fremdbestimmung und wird zum Zwecke machtpolitischer geostrategischer Auseinandersetzungen instrumentalisiert. Diese Dynamik der Verhinderung von effektiver Klimapolitik lässt sich

analytisch mit dem Konzept der „climate obstruction“ fassen, was gezielte Strategien zur Verzögerung, Abschwächung oder Verhinderung effektiver Klimapolitik bezeichnet (Brulle und Roberts 2024). Diese reichen von expliziter Leugnung bis zu subtilen Formen der Verzögerung, etwa durch Diskurse, die Verantwortung verschieben, falsche Lösungen präsentieren oder negative Folgen des Handelns betonen (Lamb et al. 2020). Ekberg et al. (2023) fassen unter dem Begriff der Klimaobstruktion sowohl die Leugnung des menschengemachten Klimawandels, jegliche Versuche, Klimapolitik abzuschwächen (unabhängig von Leugnung oder Anerkennung des Klimawandels), als auch kulturelle Prägungen, Identitäten und Infrastrukturen, die notwendige Maßnahmen einschränken oder verhindern, zusammen. Der rechte und anti-ökologische Backlash, der sich in den vergangenen Monaten in verschiedenen Bereichen nochmal erheblich zugespitzt hat, zeigt Auswirkungen in nahezu allen Gesellschaftsbereichen und klimarelevanten Schlüsselprozessen.¹²

Auf internationaler Ebene hat das Erstarken rechter und autoritärer Kräfte, wie beispielsweise die erneute Präsidentschaft von Donald Trump in den USA seit Januar 2025, bereits zu einer erheblichen Schwächung multilateraler Institutionen und einem umfassenden Rückbau nationaler wissenschaftlicher und politischer Anstrengungen für den Klimaschutz geführt. Insbesondere der erneut angekündigte Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen sowie die Streichung von Geldern für den Klimaschutz und der Abbau zentraler Institutionen und Forschungseinrichtungen in den USA wirken sich weltweit auf Klimaschutz- und Klimaanpassungsvorhaben aus.¹³ Vor dem Hintergrund der Energy Dominance Agenda der US-Regierung, der europäischen Fokussierung auf Energiesicherheit sowie des steigenden Energiebedarfs durch künstliche Intelligenz haben klimapolitische Narrative zunehmend an Wirkkraft verloren. Zusätzlich schlagen sich der zunehmende globale Einfluss autokratischer Regime sowie das strategische

11 Zuletzt hat die Vorsitzende der AfD Alice Weidel im Sommerinterview mit der ARD am 20. Juli 2025 den menschengemachten Klimawandel geleugnet und behauptet, dass dies nicht wissenschaftlich bewiesen sei (entgegen der Befunde des IPCC).

12 Die Konzipierung des rechten Backlashes als treiberübergreifenden Prozess geht auf eine Idee von Fritz Reusswig zurück, dem wir hiermit danken möchten.

13 Deutschland hat eigene Ambitionen angesichts dessen bislang noch nicht reduziert, sondern teils auch Aufgaben und Rollen übernommen, die durch den Rückzug der USA vakant wurden (bspw. im Rahmen des JETP mit Indonesien). Wie sich das deutsche Engagement im internationalen Klimaschutz unter der neuen Bundesregierung weiterentwickelt, bleibt abzuwarten.

Agieren fossiler Unternehmen und Exportländer wie der Golfstaaten mit dem Ziel, den Übergang zur Klimaneutralität zu verzögern, zunehmend nieder. Zu beobachten sind auch die gezielte Verbreitung von Desinformation und die Schwächung demokratischer Institutionen in westlichen Schlüsselstaaten sowie Verzögerungstaktiken und die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Beteiligung bei globalen Klimaverhandlungen, wie sie sich in der Austragung dreier aufeinanderfolgender COPs in den autoritär regierten Staaten Ägypten (2022), den Vereinigten Arabischen Emiraten (2023) und Aserbaidschan (2024) zeigten. Angesichts dieser Entwicklungen droht ein Bedeutungsverlust des globalen Klimaregimes und es bleibt abzuwarten, ob die anstehende COP in Brasilien hier positive Akzente setzen und eine Wiederbelebung anzustoßen vermag.

In Deutschland manifestieren sich Obstruktionsstrategien besonders deutlich in der politischen und diskursiven Praxis der AfD, die im Mai 2025 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft wurde (momentan ist die öffentliche Einstufung aufgrund eines anhängigen Gerichtsverfahrens ausgesetzt).¹⁴ Die AfD diffamiert Klimaschutzmaßnahmen als Ausdruck ‚grüner Ideologie‘ warnt vor einer ‚Ökodiktatur‘ und dem vermeintlichen wirtschaftlichen Schaden von Klimapolitik (Küppers 2022). Sie fordert zudem die Rücknahme zentraler klimapolitischer Gesetze wie des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) oder des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) (siehe Box 4). Diese Politiken gründen auf ökonomischen Interessen sowie einer Weltanschauung, die wirtschaftliches Wachstum über ökologische Nachhaltigkeit stellt und Klimapolitik populistisch als elitär und volksfern diskreditiert. Indem sie Klimaschutz als Elitenprojekt und als vermeintliche Bedrohung wirtschaftlicher Selbstbestimmung und nationaler Souveränität konstruiert, mobilisiert die AfD gezielt sozioökonomische Unsicherheiten und Ängste. Sogenannte ‚Polarisierungsunternehmer*innen‘ docken dabei an Befürchtungen von Teilen der Gesellschaft an, die sich darum sorgen, von klimapolitischen Maßnahmen negativ betroffen zu sein (Mau et al. 2023). So treffen Anti-Klimapolitiken zunehmend auf gesellschaftliche Resonanz, was wiederum zu einer stärkeren Konflikthaftigkeit klimapolitischer Themen beiträgt. Klimaschutz erscheint zunehmend als ein „Klassenkonflikt im Werden“ (Mau et al. 2023), der bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien reaktiviert und neue hervorbringt. Auf politischer Ebene haben die Europa- und Landtagswahlen 2024 sowie die

Bundestagswahl 2025 zu einem Erstarren rechts-extremer Kräfte und damit einem größeren Einfluss anti-ökologischer Positionen in Gesetzgebungsverfahren geführt.

Die Debatten um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zeigen zudem exemplarisch, wie auch konservative Parteien wie die CDU/CSU ähnliche Narrative aufgreifen. Unter dem Schlagwort ‚Heizhammer‘ wurde das Gesetz parteiübergreifend als Symbol übermäßiger Regulierung und sozialer Zumutung geframt, was zu einer breiten politischen Ablehnung beitrug (Jost et al. 2024, Haas et al. 2025). Diese Form der diskursiven Obstruktion verstärkte die gesellschaftliche Konflikthaftigkeit der Maßnahme und senkte die öffentliche Akzeptanz für Klimaschutzpolitik insgesamt. Sie hat damit auch direkte Auswirkungen auf die Entwicklung von Konsummuster (siehe Kap. Konsum). Diskursive und politische Verschiebungen nach rechts erschweren die Umsetzung notwendiger regulatorischer Reformen, wie beispielsweise für die Sektorenkopplung. Dies zeigte sich in den vergangenen Jahren neben dem Bereich Energie auch im Bereich Mobilität, in welchem beispielsweise jüngst das sogenannte ‚Verbrenner-Aus‘ infrage gestellt sowie immer wieder gegen ein Tempolimit argumentiert wird. Die Reaktivierung fossiler Subventionen – etwa durch die geplante Erhöhung der Pendlerpauschale oder die Wiedereinführung der Agrardieselvegünstigung – verdeutlicht darüber hinaus die Rolle nationaler Politik als potenziell hemmende Kraft für klimafreundliche Konsumententscheidungen. Auch im Ernährungsbereich können sich politische Diskurse auf Konsummuster niederschlagen. Die jüngst von einer rechten Abgeordneten ins EU-Parlament eingebrachte Debatte um die Bezeichnung von veganen und vegetarischen Produkten, in welcher Kanzler Merz mit dem Spruch „eine Wurst ist eine Wurst“ auf sich aufmerksam machte, zeigt hier zum einen, wie derartige Themen zur gesellschaftlichen Stimmungsmache genutzt werden. Darüber hinaus offenbart sie aber auch bei genauerer Betrachtung dahinterstehende ökonomische Interessen der Fleischindustrie.¹⁵ Neben dem Einfluss bestimmter Lobbygruppen, die gezielt versuchen, klimapolitische Maßnahmen zu verzögern, wirken rechte Diskurse wie beispielsweise De-Industrialisierungsnarrative, die nahelegen, dass Klimaschutz mit Standortverlusten und Arbeitsplatzabbau einhergeht (Hilmar 2025: 11) potenziell auf unternehmerische Entscheidungen.

Unter der neuen Bundesregierung zeichnet sich prospektiv nicht nur die Verzögerung, sondern gar

14 Bundesamt für Verfassungsschutz. 2025. Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die „Alternative für Deutschland“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein. 02.05.2025. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/pressemitteilung-2025-05-02.html>

Die Einstufung der Partei als ‚rechtsextremistischer Verdachtsfall‘ ist seit Juli 2025 rechtskräftig. Die Einstufung als ‚gesichert rechtsextremistisch‘ wird von der AfD gerichtlich weiterhin angefochten.

15 Taz. 2025. Es geht nicht um die Wurst – sondern um Profite. 8.10.2025. <https://taz.de/Veggiefleisch-muss-umbenannt-werden/16115479/>

der Rückbau klimapolitischer Ambitionen und Maßnahmen ab. Bereits im Wahlkampf im Frühjahr 2025 wurden Klimathemen kaum erwähnt und auch die demokratischen Parteien zeigen zunehmende Zurückhaltung im Hinblick auf klimapolitische Maßnahmen. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz (CDU) legt den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Energiesicherheit, die auch über einen Ausbau der Gasinfrastruktur erfolgen soll, während Klimaschutz deutlich weniger Gewicht erhält, indem Klimaziele an das Gebot der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gebunden und damit teils abgeschwächt wurden (CDU et al. 2025). Darüber hinaus hat Kanzler Merz trotz eines allgemeinen Bekenntnisses zu den Klimazielen bereits in den ersten Monaten seiner Kanzlerschaft den deutschen Beitrag zum Klimawandel relativiert.¹⁶ Zudem wurde mit Katharina Reiche, eine ehemalige Lobbyistin und Leiterin des größten Tochterunternehmens des Energiekonzerns E.ON, zur neuen Bundesministerin für Wirtschaft und Energie berufen. Obwohl die Zuständigkeit für Klimaschutz nun wieder dem Umweltministerium unterstellt ist, bleibt diese Personalie für die klimaneutrale Umgestaltung der Wirtschaft und des Energiesektors relevant.¹⁷

Das Erstarken rechter und anti-ökologischer Kräfte und Narrative im Zusammenwirken mit medialer Berichterstattung hat auch in erheblichem Maße zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume beigetragen. Im Falle der Klimabewegung war insbesondere 2024 eine starke Zunahme von sowohl diskursiven als auch physischen Angriffen zu verzeichnen. In diesem Kontext ist vor allem die mediale Diffamierung, die sich insbesondere gegen die Gruppe Letzte Generation richtete, welche teils als kriminell und terroristisch dargestellt wurde, von besonderer Bedeutung, da sie die Legitimität der Bewegung insgesamt teilweise untergraben hat (siehe Kap. 10 und Box 5). Aktivist*innen sahen sich zudem mit einem zunehmend repressiven Vorgehen durch staatliche Sicherheitskräfte und Strafverfolgungsbehörden konfrontiert. In diesem Zuge kam es auch zu mehreren Verurteilungen. Auch die Infragestellung der Gemeinnützigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, die auch Umweltorganisationen betrifft, führte zu einer Einengung von Handlungsspielräumen. Diese Entwicklungen führen zu einer Erosion des zivilgesellschaftlichen Engagements und erschweren die Mobilisierung für klimapolitische Ziele sowie die Möglichkeit, der Bewegung auf öffentliche Diskurse und politische Entscheidungsprozesse einzuwirken.

Klimaklagen sind bislang weniger direkt vom rechten Backlash betroffen, da sie auf bestehender Rechtslage und Gerichtsurteilen beruhen und damit generell weniger unmittelbar durch politische Stimmungen beeinflusst werden. Doch auch hier zeichnen sich potenzielle Risiken ab: Forderungen nach Einschränkungen des Verbandsklagerechts oder die strategische Politisierung von Gerichtsverfahren durch rechte Akteure könnten künftig die Wirkmächtigkeit klimapolitischer Rechtsprechung untergraben. Risiken bestehen zudem potenziell durch eine Abänderung von klimaschützenden Normen auf rechtlicher Ebene. Durch die Instrumentalisierung und Polarisierung gesellschaftlicher Diskurse über Klimathemen kann darüber hinaus die gesellschaftliche und politische Unterstützung für Klimaklagen verringert werden. Dies könnte prospektiv zu verringerten Ressourcen für klageführende Umweltverbände führen sowie die Umsetzung von klimaschützenden Urteilen erschweren. Hinzu kommt ein Anstieg sogenannter SLAPP-Klagen gegen Klimaaktivist*innen, die vorrangig das Ziel verfolgen, Beteiligte durch juristische Verfahren einzuschüchtern und zu demobilisieren (Deppner 2022).

Auf lokaler Ebene zeigen sich die Auswirkungen des anti-ökologischen Backlashs und der zunehmenden Konflikthaftigkeit von Klimathemen besonders deutlich. So berichten Klimaschutzmanager*innen, dass Klimaschutz in einigen Bundesländern zu einem Reizthema geworden ist, klimabezogene Stellen in der lokalen Verwaltung aufgrund von fehlender politischer Unterstützung wegfallen und klimapolitische Anliegen aktuell eher unter dem Schirm anderer Themen wie etwa Energieeffizienz vorangetrieben werden. Die in Teilen Deutschlands starke rechte Mobilisierung übt in vielen Verwaltungen einen ‚chilling effect‘ auf klimapolitische Initiativen aus, da aus Angst vor öffentlichen Kontroversen lieber auf sichtbare Initiativen zu dem Thema verzichtet wird. Projekte zur Förderung von erneuerbaren Energien, die ohne Teilhabe der lokalen Bevölkerung vorangetrieben werden, werden von rechten Kräften instrumentalisiert und tragen so zu dem anti-ökologischen Backlash bei. Umgekehrt wird berichtet, dass Projekte mit starker lokaler Verankerung und Wertschöpfung den Aufstieg klimaskeptischer Positionen verhindern und die Unterstützung der Klimawende befördern können.

Insgesamt zeigt sich, dass Klimapolitik immer mehr zu einem zentralen Austragungsfeld übergreifender gesellschaftlicher Konflikte wird. Insbesondere im Verlauf der letzten Jahre lässt sich ein zunehmendes Erstarken rechter und anti-ökologischer Kräfte und Positionen beobachten, die Klimapolitik gezielt für ihre Polarisierungsstrategie

16 Die Zeit. 2025. Friedrich Merz: Ist Deutschland egal? Oder ist die Welt Deutschland egal? 13.07.2025, <https://www.zeit.de/kultur/2025-07/friedrich-merz-klimapolitik-generaldebatte-bundestag-kritik>

17 Zauner, David. 2025. Die neuen Klima-Minister von Friedrich Merz. 30.04.2025. <https://www.klimareporter.de/deutschland/die-neuen-klima-minister-von-friedrich-merz>

instrumentalisieren.¹⁸ Dies gelingt teilweise auch, da die Klimatransformation selbst eng mit sozialen, politischen und kulturellen Spannungen verwoben ist, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen manifestieren. Anzeichen für eine derartige Entwicklung sind die Zunahme kontrovers aufgeladener Debatten um bestimmte Maßnahmen, wachsende Mobilisierungen gegen Klimaschutzmaßnahmen und eine insgesamt zunehmende Konflikthaftigkeit von Klimathemen. Beispiele wie die mediale Diffamierung und zunehmende staatliche Repressionen gegenüber der Klimabewegung, die Kontroversen rund um das Gebäudeenergiegesetz oder die Bauernproteste zeigen, dass der anti-ökologische Backlash nicht nur als Reaktion auf Klimapolitik zu verstehen ist, sondern dass die Klimawende selbst Konflikte hervorbringt, verschärft und politischen Akteuren aus dem rechten und rechtskonservativen Spektrum als Projektionsfläche und Mobilisierungsthema dient.

Es wird deutlich, dass Klimapolitik nicht nur zum Austragungsfeld, sondern auch zunehmend zum (strategisch genutzten) Katalysator gesellschaftlicher Konflikte geworden ist, was wiederum Rückwirkungen auf die Möglichkeiten und Dynamiken der Transformation hat. Diese Dynamiken äußern sich im Kontext aller gesellschaftlichen Treiber der Transformation. Die Effekte des anti-ökologischen Backlashs sind hier nicht nur auf parteipolitische Interventionen beschränkt, sondern entfalten sich in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen.

Zudem zeigt sich aber auch ergänzend zu anti-ökologischen Narrativen und der Mobilisierung dieser entlang bestimmter Konfliktlinien angesichts gesellschaftspolitischer Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen ein Aufmerksamkeitsverlust, was Klimathemen betrifft. Auf diskursiver Ebene lässt sich also generell feststellen, dass rechte Anti-Klimanarrative sowie der Bedeutungsverlust von Klimathemen durch andere politische Ereignisse und Diskursverschiebungen hin zu rechten Kernthemen wie Migration zu einer Schwächung klimapolitischer Dynamiken in den verschiedenen Treibern geführt haben. Diskurse um Maßnahmen wie das Gebäudeenergiegesetz oder ein Tempolimit wurden von rechten und konservativen politischen Kräften gezielt aufgeladen und in Narrative staatlicher Übergriffigkeit überführt, was die gesellschaftliche Akzeptanz klimapolitischer Interventionen nachhaltig schwächte. Dies betrifft beispielsweise eine verringerte Aufmerksamkeit und Zustimmung zu progressiver Klimapolitik und Klimaprotesten und wachsende gesellschaftliche Skepsis gegenüber konkreten Maßnahmen. Im Bereich der Zivilgesellschaft sind zunehmende Repressionen gegenüber der Klimabewegung zu beobachten,

die ihre Handlungsspielräume einengen und ihre gesellschaftliche Resonanzfähigkeit unterminieren. Die Zunahme anti-ökologischer Positionen infolge des Wahlerfolgs rechter Parteien in den letzten EU-, Bundestags- und Landtagswahlen kann diese Problematik perspektivisch verstärken und sich weiter negativ auf die deutsche Klimawende auswirken und zu einem Rollback führen. Zusammenfassend wirkt der rechte und anti-ökologische Backlash als diffuser, aber wirkmächtiger Treiber von ‚climate obstruction,‘ der die zivilgesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Trägerschaft klimapolitischer Transformationen untergräbt – nicht nur durch offene Ablehnung, sondern durch die Verschiebung diskursiver Koordinaten, strategische Verzögerung und ideologische Reframing-Prozesse. Dies hatte bereits in jüngerer Vergangenheit einen erheblichen Einfluss auf die Legitimität und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen, die in Zukunft noch massiver ausfallen könnte.

**Autorin:
Anna Fünfgeld**

18 Auf allgemeiner Ebene hat nicht zuletzt das im Juli 2025 bekannt gewordene ‚Strategiepapier‘ der AfD aufgezeigt, dass Polarisierung entlang bestimmter Schlüsselthemen aktiv von der Partei genutzt wird um die demokratischen Parteien zu schwächen und Wähler*innenstimmen zu gewinnen. https://assets.ctfassets.net/mj324dyk-hxwi/1VR9r0oN9wXMYdP1VKEIL/1733b85a3101ab17ee119a024875cb66/Strategie_BvS_Fraktionsklausur2025.pdf